

Zum Umgang mit Konflikten unter Geflüchteten und Migrantengemeinschaften in NRW: Gleichbehandlung sicherstellen und Partizipation auf Augenhöhe ermöglichen

Röing, Tim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Röing, T. (2019). *Zum Umgang mit Konflikten unter Geflüchteten und Migrantengemeinschaften in NRW: Gleichbehandlung sicherstellen und Partizipation auf Augenhöhe ermöglichen*. (BICC Policy Brief, 6/2019). Bonn: Bonn International Center for Conversion (BICC). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-63933-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Zum Umgang mit Konflikten unter Geflüchteten und Migrantengemeinschaften in NRW

Gleichbehandlung sicherstellen und Partizipation auf Augenhöhe ermöglichen

Tim Röing \ BICC

Politikempfehlungen

\ Gegen Anfeindungen unter Geflüchteten und Menschen mit Migrationsgeschichte vorgehen

Viele Geflüchtete erleben Diskriminierung und Anfeindungen in Deutschland aufgrund ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit bzw. ihrer Weltanschauung. Manche von ihnen empfinden dies als Fortsetzung von Konflikten aus ihrem Herkunftskontext. Um dem vorzubeugen, müssen Landesregierung und Kommunen Strategien zur Konfliktprävention entwickeln.

\ Mehrsprachige, kultursensible Beschwerdestellen in Unterkünften einrichten.

Diskriminierungen und Anfeindungen geschehen oft sehr subtil im Alltag, können jedoch zu Gewalt führen, wenn Geflüchtete keine anderen Möglichkeiten zur Konfliktaustragung sehen. Unterkunftsbetreiber, Kommunen und das Land NRW müssen daher niederschwellige Mechanismen zur gewaltlosen Konfliktlösung bereitstellen.

\ Mitarbeiter und Ehrenamtliche für mögliche Diskriminierungen sensibilisieren

Ungleiche Behandlung, aber auch offene Diskriminierungen von Geflüchteten durch Unterkunftsmitarbeiter und Ehrenamtliche verstärken Konflikte. Unterkunftsbetreiber müssen dies durch Aufklärung und Sensibilisierung von Mitarbeitern und eine bessere Koordination von Unterstützungsangeboten verhindern.

\ Neutralität beauftragter Selbstständiger und Dienstleister sicherstellen.

Manche Geflüchtete erleben Anfeindungen durch Übersetzer beim BAMF oder durch Mitarbeiter von Sicherheitsdienstleistern in Unterkünften. Derartige Vorkommnisse müssen konsequent geahndet werden, da sie Angst verursachen und ein Sicherheitsrisiko darstellen. Die verantwortlichen Stellen müssen durch Schulung und Überprüfung von Dienstleistern präventiv tätig werden.

Migrantenselbstorganisationen fördern und in Integrationskonzepte einbinden

Konfliktprävention bedeutet nicht nur die Integration von Geflüchteten in die deutsche Mehrheitsgesellschaft, sondern muss alle Bevölkerungsteile gleichermaßen auf Augenhöhe einbeziehen. Migrantenselbstorganisationen können hierbei einen wertvollen Beitrag leisten, wofür sie jedoch Kapazitäten und Wissen benötigen. Die NRW-Landesregierung und Kommunalverwaltungen müssen Migrantenselbstorganisationen auf Grundlage transparenter Kriterien fördern.

Zum Umgang mit Konflikten unter Geflüchteten und Migrantengemeinschaften in NRW: Gleichbehandlung sicherstellen und Partizipation auf Augenhöhe ermöglichen

Geflüchtete Menschen erleben nicht nur Diskriminierung und Anfeindungen durch Angehörige der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch durch andere Geflüchtete oder durch Menschen mit Migrationsgeschichte aus demselben Herkunftskontext. Dies ist ein häufig übersehener Teil ihres Alltags. Viele Betroffene ziehen sich in Reaktion auf solche Erfahrungen zurück oder isolieren sich sozial, um Konflikte zu vermeiden. Dies steht ihrer gesellschaftlichen Integration entgegen. Da die Konfliktbeteiligten emotional stark involviert sind und sich Anfeindungen häufig pauschal auf ganze Gruppen beziehen, besteht zudem ein Eskalationsrisiko. Dieser *Policy Brief* gibt Anregungen zur Konfliktprävention.

Diese Publikation basiert auf Daten, die das BICC-Forschungsprojekt „Zwischen Bürgerkrieg und Integration - Die Aufnahme von Flüchtlingen als Chance und Risiko für den gesellschaftlichen Wandel in NRW“ seit Mitte 2016 erhob. Es wurden qualitative Einzel- und Gruppeninterviews mit insgesamt 40 Geflüchteten sowie 15 Experteninterviews mit Vertreterinnen und Vertretern¹ von Migrantenselbstorganisationen und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern durchgeführt. Zudem flossen Daten aus der Feldforschung für eine Studie zu Konflikten und Konfliktprävention in Unterkünften für Geflüchtete ein, die im gleichen Projekt erhoben wurden (Christ et al. 2017).

Subtile Diskriminierungen und Ungleichbehandlung: Konflikte in Unterkünften für Geflüchtete

In Unterkünften für Geflüchtete kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen Angehörigen verschiedener ethnischer, religiöser oder weltanschaulicher Gruppen. Manche Interviewpartner erkennen dabei einen Bezug zu Konstellationen in den Herkunftsländern der Beteiligten. Christliche und jesische Geflüchtete berichten etwa, dass einzelne

muslimische Geflüchtete ihnen ablehnend oder sogar feindselig begegnen und führen dies auf die Konflikte zwischen den Religionsgemeinschaften insbesondere in Syrien und im Irak zurück. Die Betroffenen reagieren darauf zumeist, indem sie ihre Religion verbergen und versuchen, im Alltag nicht aufzufallen und die Unterkünfte schnell zu verlassen. Sie begreifen diese Ablehnung als Fortsetzung der im Herkunftsland erlebten Diskriminierung. Einige Interviewpartner erklären diese Anfeindungen entsprechend durch Vorurteile, welche die Menschen aus ihren Herkunftsländern mitbrächten - verstärkt durch den „Lagerkoller“. Oftmals sind diese Konflikte den Unterkunftsmitarbeitern nicht bewusst, da sie sich auf einer non-verbalen Ebene bzw. in der Muttersprache der Beteiligten abspielen.

Intensiviert werden solche Konflikte durch - teilweise unbewusste - Handlungen von Unterkunftsmitarbeitern oder von ehrenamtlich Tätigen, die Angehörige bestimmter Gruppen bevorzugen bzw. benachteiligen. Unterkunftsbetreiber müssen daher Mitarbeiter und Ehrenamtliche für Diskriminierungen sensibilisieren und Geflüchtete über ihr Recht auf Nichtdiskriminierung aufklären. Die Gleichbehandlung aller Geflüchteten - unabhängig ihrer religiösen, ethnischen oder weltanschaulichen Prägung - ist unerlässlich. Dies gilt auch für ehrenamtliche Angebote.

Geflüchtete berichten immer wieder von religiösen oder politischen Anfeindungen durch Übersetzer des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und durch Mitarbeiter der Sicherheitsdienste in ihren Unterkünften, die aus demselben Herkunftskontext stammen. Sie begreifen dies als Fortsetzung der Verfolgung und Repression im Herkunftsland. Zudem löst dies Sorge aus, keinen Schutz in Deutschland zu erhalten und schlimmstenfalls in Kriegsgebiete zurückgeschickt zu werden.

¹ \ Der vorliegende *Policy Brief* bemüht sich um gendergerechte Formulierungen. Gleichwohl wird im Interesse des Textflusses an manchen Stellen das generische Maskulinum geschlechtsübergreifend benutzt.

Aufgrund der Sprachbarriere und der bestehenden Abhängigkeitsverhältnisse greifen Geflüchtete auf Vermeidungsstrategien zurück, die ihren Alltag stark beeinträchtigen. Dazu gehören Kontaktvermeidung gegenüber anderen Geflüchteten oder ein ständiges Verstecken. Ämter und Kommunen sollten daher eine bessere Sensibilisierung und Überprüfung der entsprechenden Mitarbeiter und Dienstleister sicherstellen und mehrsprachige, kultursensible Beschwerdestellen für Geflüchtete anbieten. Betreiber von Landesunterkünften sind in NRW zwar verpflichtet, Beschwerdestellen einzurichten und das Gewaltschutzkonzept des Landes umzusetzen. Für kommunale Unterkünfte gilt dies jedoch nicht, auch wenn viele Städte und Kommunen inzwischen eigene Konzepte entwickelten und in manchen Fällen kommunale Ombudsstellen für Diskriminierungsfälle einrichteten.²

Die Landesregierung sollte daher verpflichtende Mindeststandards zum Gewaltschutz und zum Umgang mit Diskriminierungsfällen auf kommunaler Ebene verabschieden und Kommunen bei deren Umsetzung finanziell unterstützen. Die Mitarbeiterinnen dieser Stellen müssen für Diskriminierungen unter Geflüchteten und Menschen mit Migrationsbiographie sensibilisiert werden. Bis dahin sollten Kommunen sich an Best-Practice Beispielen im Bundesland orientieren.³ Die NRW-Landesregierung sollte zudem eine niederschwellig zu erreichende Ombudsstelle für Diskriminierungen einrichten. Bekannt gewordene Vergehen müssen konsequent geahndet werden, um sicherzustellen, dass Menschen, die vor Konflikten und Verfolgung geflohen sind, sich in Deutschland sicher fühlen können.

Anfeindungen und Verstecken: Konflikte im Alltag

Geflüchtete berichten, dass sie auch außerhalb der Unterkünfte Anfeindungen erleben, die sich auf Geschehnisse in ihrem Herkunftskontext beziehen. Derartige Konflikte spielen sich jedoch nicht ausschließlich unter Geflüchteten ab; auch Deutsche mit Migrationsgeschichte aus dem jeweiligen Herkunftskontext sind in manchen Fällen daran beteiligt. So berichteten Sozialarbeiter etwa von Auseinandersetzungen zwischen kurdischen und türkischen bzw. zwischen jesidischen und arabischen Schülern (Hanrath 2011). Gleichzeitig werfen arabische Geflüchtete kurdischen Geflüchteten vor, sich „als etwas Besseres zu fühlen“, da sie schneller einen Aufenthaltstitel in Deutschland und ehrenamtliche Unterstützung durch Migrantenselbstorganisationen erhalten. Lehrer müssen entsprechend für den Umgang mit solchen Fällen sensibilisiert werden.

Ein weiteres Beispiel für solche Konflikte sind die Erfahrungen von Geflüchteten aus der Türkei. Seit dem gescheiterten Militärputsch im Jahr 2016, für den die türkische Regierung Anhänger des Predigers Fethullah Gülen verantwortlich macht, stellten etwa 21.000 türkische Staatsbürger einen Asylantrag in Deutschland. Viele von ihnen berichten, dass sie in Deutschland von Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in der Öffentlichkeit als „(Vaterlands-) Verräter“ oder „Terrorunterstützer“ beschimpft werden. Dies geschieht etwa auf Märkten, im Umfeld öffentlicher Veranstaltungen oder in der Schule. Manche der Betroffenen greifen als Reaktion auf Taktiken zum Selbstschutz zurück, welche sie schon im Herkunftskontext benutzten, z.B. Abschottung von der Außenwelt oder die Verheimlichung der eigenen Identität.

2 \ So etwa die Ombudsstelle Köln: <https://www.ombudsstelle.koeln/#>

3 \ Der Flüchtlingsrat NRW stellt einige exemplarische Konzepte zur Verfügung: <https://www.frnrw.de/themen-a-z/unterbringung-von-fluechtlingen/unterbringung-in-den-kommunen/kommunale-unterbringungskonzepte-und-standards.html>

Dies erschwert ihr Ankommen in Deutschland und ihre Teilhabe an der Gesellschaft. Diese Beispiele zeigen, dass politische Entwicklungen in den Herkunftskontexten von Geflüchteten und Migranten das Zusammenleben in der Gesamtgesellschaft beeinflussen. Konfliktprävention bedeutet daher nicht nur die Integration von Geflüchteten in eine vermeintliche deutsche Mehrheitsgesellschaft, sie muss stattdessen alle Bevölkerungsteile einbeziehen, ihnen auf Augenhöhe begegnen und ihre Alltagserfahrungen ernst nehmen.

Zwischen politischer Partizipation und Identitätsbildung: Die Rolle von Migrantenselbstorganisationen

Für viele Geflüchtete in NRW sind Migrantenselbstorganisationen aufgrund der geteilten Erfahrungen und des gemeinsamen kulturellen Hintergrundes wichtige Anlaufadressen. Diese Organisationen bieten Orientierung und Unterstützung im Alltag, sowie praktische Solidarität. In manchen Fällen kommt es dabei zu einer Politisierung der Geflüchteten. So berichten Interviewpartner, dass Geflüchtete mit kurdischem Hintergrund oft erst in Deutschland über den Kontakt zu Personen und Organisationen mit kurdischem Bezug ein ausgeprägtes kurdisches Selbstverständnis entwickeln. Ähnliches berichten auch Vertreter jesidischer Organisationen über Geflüchtete, die sich jesidischen Gemeinden in Deutschland anschließen. Ein Gegenbeispiel sind die seit 2016 aus der Türkei Geflüchteten, bei denen eine solche Identitätsverstärkung nicht zu beobachten ist. Eine ausgeprägte Identifizierung mit ethnischen oder religiösen Gruppenidentitäten vollzieht sich daher nicht zwangsläufig.

Gleichzeitig kommt es innerhalb von Migrantengemeinschaften, die schon länger in Deutschland beheimatet sind, zu Debatten um unterschiedliche politische, kulturelle und gesellschaftliche Vorstellungen.

So diskutieren etwa Angehörige der ersten und der zweiten jesidischen Generation in Deutschland intensiv über die angemessene politische Repräsentation ihrer Gemeinden gegenüber der Gesamtgesellschaft und über das Ausleben religiöser und gesellschaftlicher Werte und Traditionen im deutschen Kontext. Es ist absehbar, dass auch Geflüchtete an diesen Debatten teilnehmen werden, da viele von ihnen ein starkes Bedürfnis nach gesellschaftlicher Partizipation haben und durch ihre Präsenz in Deutschland bereits ansässige Migrantengemeinschaften verändern. Derartige Prozesse sind jedoch kein Zeichen einer stärkeren Konfliktneigung von Migrantengemeinschaften; sie zeigen vielmehr, dass die demokratische, pluralistische Gesellschaftsordnung in Deutschland funktioniert und Debatten über Identitäten ermöglicht, welche im Herkunftskontext unterdrückt werden.

Migrantenselbstorganisationen können einen wertvollen Beitrag zur Eingliederung Geflüchteter und zur Vermittlung demokratischer Werte – auch an die Mehrheitsgesellschaft – leisten. Gleichzeitig können sie jedoch auch einen herkunftslandbezogenen Nationalismus befördern und eine ambivalente Rolle in den Konflikten in den Herkunftsländern spielen. Die Landesregierung und Kommunalverwaltungen müssen die Aktivitäten dieser Organisationen daher fördern, ihre Rolle innerhalb von Migrantengemeinschaften und im Herkunftskontext jedoch auch kritisch sondieren. Weiterhin sollten Kommunen und die Landesregierung Migrantenselbstorganisationen in die Ausgestaltung ihrer Integrationspolitik einbinden. Dies kann etwa durch Runde Tische oder Beiräte geschehen oder durch die gemeinsame Gestaltung von Integrationskonzepten. Dies passiert in der Praxis bereits vielfach, Kommunen sind allerdings nicht dazu verpflichtet.⁴ Die Erstellung eines kommunalen Integrationskonzeptes kann fruchtbare Diskussionen über die Grundlagen und die Ausgestaltung des Zusammenlebens vor Ort anstoßen und damit einen wichtigen Beitrag zur Offenlegung und Bearbeitung von Konflikten leisten (Damm 2019, 5f.).

4 \ Der Städte- und Gemeindebund NRW rät allerdings dazu (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen 2016, 9).

Konflikttransformation statt Konfliktimport: Einflussmöglichkeiten wahrnehmen

Die Aussagen der Interviewteilnehmerinnen zeigen, dass Konflikte unter Geflüchteten und Migranten keine bloße Reproduktion von Konflikten im Herkunftsland sind. Konflikte verändern sich stark durch die Fluchterfahrung und das Leben in einer neuen Gesellschaft. Auch die Umstände, unter denen Geflüchtete und Migranten im Niederlassungsort leben und wie die Aufnahmegesellschaft mit ihnen umgeht, spielen eine wichtige Rolle. Problematisch wird dies, wenn durch sozioökonomische Ausgrenzung, Diskriminierung und gesellschaftliche Marginalisierung ein Raum für die Herausbildung nationalistischer Weltbilder oder religiös bzw. ethnisch begründeter Exklusivitätsvorstellungen entsteht. Gezielte Beeinflussung aus dem Herkunftskontext kann diesen Prozess verstärken, wie es etwa im Falle mancher Gemeinschaften mit Türkeibezug derzeit geschieht. Als Resultat können Konflikte entstehen, die einen starken Bezug zum Geschehen im Herkunftsland der Beteiligten aufweisen. Die Forschung bezeichnet dies als Konflikttransport (Féron 2016). Integrationspolitik kann solchen Entwicklungen entgegenwirken und Konflikte in gewaltlose und demokratische Auseinandersetzungen überführen helfen. Ziel sollte eine produktive Diskussion über das Zusammenleben in der Gesellschaft auf Augenhöhe sein.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Christ, Simone; Meininghaus, Esther; Röing, Tim (2017): „All Day Waiting“. Konflikte in Unterkünften für Geflüchtete in NRW. Bonn International Center for Conversion GmbH (BICC). Bonn.
- Damm, Ann-Christin (2019): Teilhabe und Vielfalt vor Ort- Kommunale Integrationskonzepte in Deutschland. Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) (MIDEM Policy Paper, 01/2019).
- Féron, Élise (2016): Transporting and re-inventing conflicts. Conflict-generated diasporas and conflict autonomisation. In: *Cooperation and Conflict* 52 (3), S. 360–376. DOI: 10.1177/0010836716671759.
- Hanrath, Jan (2011): Spannungen zwischen Migrantengruppen: Importiert oder hausgemacht? Empfehlungen an kommunale Akteure am Beispiel des türkisch-kurdischen Konflikts. Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn (33).
- Röing, Tim (2019): Fortsetzung politischer Konflikte oder Neuanfang? Türkische Geflüchtete in Nordrhein- Westfalen. Bonn International Center for Conversion GmbH (BICC). Bonn.
- Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2016): Handlungsleitfaden Flüchtlingsintegration. Düsseldorf. Online verfügbar unter https://www.ebwwest.de/fileadmin/user_upload/Handlungsleitfaden_Integration_St%C3%A4dte_Gemeindebund_NRW_15.02.2016.pdf.

bicc \
Internationales Konversionszentrum Bonn
Bonn International Center for Conversion GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
+49 (0)228 911 96-0, Fax -22, bicc@bicc.de

www.bicc.de
www.facebook.com/bicc.de

bicc Bonn
International Center
for Conversion \

Wissenschaftlicher Direktor
Prof. Dr. Conrad Schetter

Kaufmännischer Geschäftsführer
Michael Dedek

AUTOR
Tim Röing \ Doktorand BICC

EDITORIAL DESIGN
Diesseits - Kommunikationsdesign, Düsseldorf

VERÖFFENTLICHUNGSDATUM
28. Juni 2019



Gefördert durch:

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen



Except where otherwise noted, this work is licensed under:
cf. creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/